



Bauxit und Aluminium - Rohstoff der Automobilindustrie

Die größte Konzentration an Bauxit weltweit befindet sich Guinea. Mit einem Volumen von über 40 Mio. Tonnen (2017) gehört das Land, neben Australien und China, zu den drei größten Bauxitproduzenten. Die staatlichen Einnahmen durch die Minen, vor allem über Steuereinnahmen, können beträchtlich sein: in Guinea hat die Bauxitproduktion einen Anteil von 9% am BIP (2014). Bauxit liegt unter der Erdoberfläche, für seinen Abbau müssen meist nur die obersten Erdschichten abgetragen werden. Es werden keine Chemikalien bei der Gewinnung verwendet, jedoch hat der Abbau einen hohen Wasser- und Flächenbedarf. Der jährlich weltweite Eingriff in unverbautes Land wird auf 40-50km² geschätzt.

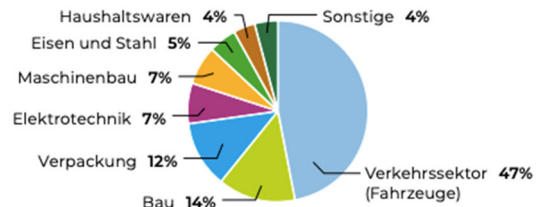
Das abgebaute Bauxit wird in Drittländern in Aluminium-Raffinerien zu Aluminiumoxid verarbeitet. In Aluminiumhütten erfolgt unter einem enormen Energieverbrauch die Weiterverarbeitung zu reinem Aluminium. Auch in Deutschland (in Stade) wird Bauxit zu Aluminiumoxid und -hydroxid weiterverarbeitet. Primäraluminium wird zudem in Hamburg, Essen und an weiteren Standorten produziert.

In Deutschland kommen mehr als 99% der bergbaulich gewonnen Metalle aus dem Ausland. Im Jahr 2019 wurden 2,5 Mio. Tonnen Bauxit und über die eigene Weiterverarbeitung hinaus noch 1 Mio. Tonnen Aluminiumoxid importiert. Dabei kommen 93% der Bauxitimporte aus Guinea. Aufgrund des gigantischen Bedarfs an Aluminium importiert Deutschland weiteres Rohaluminium aus anderen Ländern. Recycling spielt bei der Aluminiumherstellung eine große Rolle, da metallische Rohstoffe in der Regel nicht ver- sondern gebraucht werden. Ein großer Teil steht am Ende der Lebensdauer der Produkte, in denen sie gebunden sind, durch Recycling wieder zur Verfügung. In der deutschen Produktion stammen etwa 58% des Aluminiums aus sekundären Vorstoffen (Sekundäraluminium). Nicht zuletzt spart das Recycling von Aluminium enorm viel Energie. Während die Herstellung einer Tonne Primäraluminium rund 15.700 kWh elektrischer Energie benötigt, das entspricht dem jährlichen Verbrauch von fünf Vier-Personen-Haushalten, benötigt das Recycling von Aluminium nur etwa 5% der Energie der Primärgewinnung.

In der deutschen Aluminiumindustrie waren 2019 rund 65.000 Beschäftigte in 250 Betrieben tätig. Die Industrie erwirtschaftete 2019 einen Umsatz von 21

Mrd. €. Aber wo kommt das Aluminium eigentlich zum Einsatz?

Nutzung von Aluminium nach Industriesektor



Powershift (2021): Bauxit und Aluminium

Vorrangig wird Aluminium in der Automobilindustrie verwendet. Dort dient es beispielweise der Gewichtseinsparung oder für den Bau von Batteriegehäusen (Elektromobilität). Für den gesamten europäischen Automobilmarkt wird der Aluminiumbedarf auf 2.989 Kilotonnen geschätzt (2019), 179,2 kg Aluminium pro Auto. Bis 2025 wird erwartet, dass der durchschnittliche Bedarf an Aluminium pro Auto um 20 kg steigt. Zu beachten ist, dass Elektroautos eine weitaus höhere Menge an Aluminium benötigen, etwa 424 kg pro Auto. Deutschland liegt mit seinem Verbrauch an Aluminium auf Platz drei weltweit.

Mit dem Ziel der Klimakrise zu begegnen, sollen bis 2030 in Deutschland 7 bis 10 Millionen Elektroautos angemeldet sein, was eine steigende Bauxitnachfrage impliziert. Als rohstoffarmes Land hat die Bundesregierung 2010 eine Rohstoffstrategie beschlossen und diese 2019 überarbeitet. Im Rahmen der Strategie soll der Rohstoffhandel weitestgehend den Märkten überlassen werden. Zielkonflikte, die sich aus der Verpflichtung zum Klimaschutz und zur nachhaltigen Entwicklung ergeben, sollen aktiv angegangen werden. Sozial- und Umweltstandards sowie Menschenrechte in Lieferketten sollen ebenfalls beachtet werden. Zur Umsetzung der Strategie hat die Regierung Institutionen und Finanzinstrumente geschaffen. Beispielweise sind die Ungebundene Finanzkreditgarantien (UFK) ein Instrument der deutschen Außenwirtschaftsförderung und Teil der Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sie sollen Kreditgeber*innen im Ausland gegen wirtschaftliche und politische Risiken absichern. Voraussetzung für eine UFK-Garantie ist, dass ein langfristiger Abnahmevertrag mit einem deutschen Unternehmen abgeschlossen wird. Für mehr als ein Drittel des Finanzpakets der Minenerweiterung in Guinea hat die deutsche Bundesregierung eine ungebundene Finanzkreditgarantie übernommen.



Bauxitabbau – Sangarédi-Mine, Guinea

Seit 50 Jahren baut die *Compagnie des bauxites de Guinée* (CBG) auf guineischem Boden Bauxit ab. Das Bauxit¹, einem Rohstoff für Aluminium, wird vor allem in der Automobil-, Bau- und Verpackungsindustrie verwendet. Die Bauxitproduktion in Guinea ist in den letzten Jahren stark gestiegen: von 31,4 Millionen Tonnen im Jahr 2016 und auf 70,2 Millionen Tonnen im Jahr 2019.²

Die Bauxit-Mine in der Nähe der Stadt Sangarédi soll in den kommenden Jahren erweitert und der Abbau von Bauxit gesteigert werden. Mit diesem Ziel, wurde 2016 dem Unternehmen CBG ein Kredit in Höhe von 823 Mio. Dollar gewährt. Die Finanzierung kommt von verschiedenen internationalen Banken. Dazu gehört auch eine Tochtergesellschaft der Weltbank, die 200 Mio. Dollar zur Verfügung stellen. Mehr als 400 Mio. Dollar, werden von einem Konsortium internationaler Geschäftsbanken aus verschiedenen Ländern finanziert, darunter BNP Paribas, Société Générale und die deutsche Bank ING-DiBa.³ Die deutsche Regierung bürgt für das ING-DiBa-Darlehen (293 Millionen Dollar) durch ihr Bürgschaftsprogramm für ungebundene Finanzkredite (UFK). Dieses fördert den deutschen Außenhandel und ist Teil der Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Die UFK schützen ausländische Rohstoffprojekte vor wirtschaftlichen/ politischen Ausfallrisiken. Um die Garantie zu erhalten, ist es notwendig, einen langfristigen Rohstoffliefervertrag mit einem deutschen Unternehmen abzuschließen.⁴

In ihrem Jahresbericht über die Sicherheit ausländischer Unternehmen bezeichnet die deutsche Regierung die Sangarédi-Mine als Vorzeigeprojekt: "Die Erweiterung der Mine wird die Beschäftigung in der Region Boké in Guinea sichern und den Beitrag von CBG zur wirtschaftlichen Entwicklung Guineas weiter erhöhen. Darüber hinaus sichert der langfristige Abnahmevertrag die Rohstoffversorgung von AOS und trägt damit zur Sicherung der Arbeitsplätze am deutschen Standort bei."⁵

Das Projekt wurde von Anfang an als risikoreich in Bezug auf die ökologischen und sozialen Auswirkungen eingeschätzt. Von der Minenerweiterung sind

13 Dörfer betroffen, deren Bewohner*innen zwangsumgesiedelt werden. Darüber hinaus greift der Bergbau massiv in das lokale Ökosystem ein. Betroffene berichten beispielsweise von der Verschmutzung und dem Versiegen ihrer Wasserressourcen. Der deutschen Regierung und der Weltbanktochter IFC ist bewusst, dass die Erweiterung möglicherweise mehrfach irreversible Schäden verursachen könnte. Trotz dieses Wissens wurden die angefragten Gelder bewilligt. Auch die versprochenen positiven Effekte auf die lokale wirtschaftliche Entwicklung sind ausgeblieben: keine*r der Dorfbewohner*innen arbeitet in der Mine. Der Nutzen des Projekts soll, kommt nur Unternehmen in Deutschland und CBG vor Ort zugute.

2019 schlossen sich die Dorfbewohner*innen zusammen und reichten eine Beschwerde gegen die Weltbanktochter ein. Die Kläger*innen erklärten, dass sich CBG nicht bemüht hatte, die Vertreibung von Bewohner*innen zu begrenzen oder zu verhindern. Sie fordern eine Entschädigung für den Verlust von Eigentum, Einkommensverlust, Vertreibung, welche bisher entweder nicht geleistet oder grob unterschätzt wurde. Die angekündigten Verhandlungen wurden aufgrund der Corona-Pandemie verschoben. Das Unternehmen CBG hat dennoch Fakten geschaffen, und das Dorf Hamdallaye bereits 2020 zwangsweise umgesiedelt. Das neue Dorf wurde auf einer Abraumhalde gebaut, auf der kein Ackerbau möglich ist. Erst nach Druck von NGOs wurden öffentliche Wasserhähne installiert.

Die Bauxit-Minenerweiterung durch CBG mit Hilfe verschiedene Kreditgeber gefährdet nicht nur die Gesundheit der lokalen Bevölkerung und schädigt die Umwelt, sondern verletzt auch das Recht auf Nahrung, da den Bewohner*innen ihr fruchtbares Agrarland entzogen wurde. Die Regierung Guineas, CBG und auch die deutsche Regierung, die durch Kreditgarantien daran beteiligt ist, respektieren nicht den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) und verletzen Menschenrechte. FIAN fordert die Bundesregierung daher auf, den Menschenrechtsschutz verbindlich in die Kriterien für Außenwirtschaftsförderung aufzunehmen und auch durchzusetzen.

¹ <https://mines.gov.gn/ressources/bauxite/> (abgerufen am 30/06/2021)

² World Bank Group. 2020. Commodity Markets Outlook—Persistence of Commodity Shocks, October. World Bank, Washington, DC. License: Creative Commons Attribution CC BY 3.0 IGO., S.45

³ <https://www.inclusivedevelopment.net/cases/guinea-alcoa-rio-tinto-bauxite-mine/> (abgerufen am 30/06/2021)

⁴ <https://www.agaportal.de/ufk-garantien/grundlagen-ufk/grundzuege-ufk> (abgerufen am 01/07/2021)

⁵ Exportkreditgarantien der Bundesrepublik Deutschland, Jahresbericht 2016, S.83, https://www.agaportal.de/ Resources/Persis-tent/ab8341cd0c7924bec4a62a64caad0b6d02fd66b9/jb_2016.pdf